

Staat, Gesellschaft und Demokratisierung. Luxemburg im kurzen 20. Jahrhundert

Veranstalter: Forschungsprojekt PARTIZIP 2

Datum, Ort: 27.11.2014–29.11.2014, Luxemburg

Bericht von: Tobias Vetterle, Forschungseinheit Identités, Politiques, Sociétés, Espaces, Universität Luxemburg

Unter dem Titel „Staat, Gesellschaft und Demokratisierung. Luxemburg im kurzen 20. Jahrhundert“ fand vom 27. – 29. November in Luxemburg Stadt die Abschlusskonferenz des Forschungsprojekts PARTIZIP 2 statt. Im thematischen und chronologischen Anschluss an sein Vorläuferprojekt hatte PARTIZIP 2 seit 2012 die Formen und Grenzen gesellschaftlicher Partizipation in Luxemburg und seinen Nachbarregionen zwischen 1930 und 1980 erforscht. Entlang der Leitfrage nach den Dynamiken, welche kohäsionsstiftend oder destabilisierend auf die luxemburgische Gesellschaft des 20. Jahrhunderts einwirkten, sollte die Tagung die Ergebnisse der dreijährigen Projektarbeit bilanzieren. Der durch die Konferenz abgedeckte Zeitraum wurde dabei charakterisiert als eine von Ambivalenzen geprägte Epoche, in welcher Prozesse der Demokratisierung und Egalisierung ebenso zu beobachten seien wie Tendenzen zur Exklusion einzelner Gesellschaftsgruppen. Insbesondere im Hinblick auf ihre Rolle im luxemburgischen Nationsbildungsprozess seien diese Phänomene, so NORBERT FRANZ (Trier) in seinem Einführungsvortrag, bislang unerforscht gewesen.

In diesem Sinne sollten die Vorträge des ersten Panels die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen beschreiben, denen sich das demokratische System Luxemburgs in der Zwischenkriegszeit ausgesetzt sah. Wichtige Befunde konnten gleich zu Beginn in MICHEL DORMALs (Trier) Vortrag erbracht werden, der sich mit der Kritik am Parlamentarismus auseinandersetzte. Wie seine Analyse des links-liberalen „Escher Tageblatt“ zeigen konnte, ließen sich die ersten Artikulationen dieses wichtigen Krisendiskurses bereits in den frühen 1920er-Jahren beobachten. Als ein zentrales Argumentationsmuster jener Kritik identifizierte Dormal

die prinzipielle Ablehnung der parlamentarischen Praxis: Die politischen Kommentatoren hätten das Debattieren der Abgeordneten im Parlament schlicht als ineffizient und unzeitgemäß wahrgenommen.

In seinem Beitrag über die anarchistische Bewegung in Luxemburg ergänzte FRÉDÉRIC KRIER (Luxemburg) das bis hierhin entstandene Bild vom prekären Status der Demokratie in den Zwischenkriegsjahren um die Darstellung einer Akteursgruppe, deren politisches Denken sich von Demokratie und Autoritarismus gleichermaßen distanziert habe. Der luxemburgische Anarchismus erschien in Kriers Vortrag als eine heterogene Bewegung, deren zwei Untergruppierungen einander weitgehend ignorierten. Während sich die eine Strömung aus dem Milieu der italienischen Arbeitsmigranten rekrutierte habe, sei die zweite Gruppierung aus dem Umfeld der sozialistischen Zeitschrift „Der Arme Teufel“ entstanden. Die Ideologie beider Bewegungen habe auf einem „libéralisme social“ gegründet, der es ermöglicht habe, dass der luxemburgische Anarchismus enge Verbindungen zur kommunistischen Linken unterhielt.

Hatten die bisherigen Vorträge einen jeweils eng umrissenen Aspekt der spannungsreichen Zwischenkriegszeit fokussiert, weitete VINCENT ARTUSO (Luxemburg) den Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen der 1930er-Jahre. Die Gesellschaft des Großherzogtums sei unter dem Einfluss innerer und äußerer Krisen seit den 1920er-Jahren zunehmend unter Anpassungsdruck geraten. Als Reaktion darauf habe sich ein nationalistisches und stark hierarchisiertes Gesellschaftsmodell etabliert, welches den Ausschluss jüdischer und ausländischer Bevölkerungsgruppen explizit vorsah. Im Zusammenwirken dieser makrosozialen Ordnung mit den autoritären Strukturen des traditionellen luxemburgischen Familienmodells habe sich, so Artuso, die Gesellschaft des Großherzogtums am Vorabend des Zweiten Weltkriegs schließlich zu stabilisieren vermocht.

Die darauffolgenden Vorträge von MARC GLODEN und EVAMARIA BANGE (beide Luxemburg) griffen das bei Artuso bereits angeschnittene Thema des Antisemitismus auf. Mit dem Ziel, den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu

bewerten, konzentrierte sich Gloden dabei auf die Gruppe der in Luxemburg lebenden ausländischen Juden. Sein Vortrag stellte dar, dass antisemitische Vorurteile vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise solange widerspruchlos vertreten werden konnten, wie sie in einen „fremdenfeindlichen und protektionistischen Diskurs“ integriert wurden, der formal zwischen einheimischen und „fremden“ Juden unterschied. Die verheerenden Folgen dieser Denkmuster sollten sich dann in den 1940er-Jahren zeigen, als die gleichgeschaltete Presse in ihrer Propaganda gezielt an diesen spezifisch luxemburgischen Antisemitismus habe appellieren können.

Der erste Konferenztag schloss mit dem Abendvortrag von ULRICH BIELEFELD (Hamburg), in welchem sich der Soziologe eingehend mit den Chancen und Grenzen der europäischen Einigung auseinandersetzte. Bielefeld plädierte eingangs dafür, das „Projekt Europa“ nicht als schicksalhaften Prozess der Nationsbildung, sondern als kontingenten Vergesellschaftungsprozess zu begreifen. Der gegenwärtig zu beobachtende Bedeutungsgewinn der Europäischen Union bedeute somit keineswegs das Ende nationalstaatlicher Souveränität, sondern die Entstehung einer „Ordnung der losen Verbindungen“, in deren Rahmen „postsouveräne“ Nationalstaaten und EU einem anhaltenden Diskurs über die Aufteilung politischer Kompetenzen beiträten. Und so blieb Bielefelds Vortrag in der Tendenz optimistisch. Das „Projekts Europa“ habe eine Zukunft, wenngleich diese nicht in der Fortentwicklung der neoliberalen Wirtschaftsunion, sondern im Entstehen einer geeinten, politischen Gesellschaft liege.

Das zweite Panel der Konferenz schloss chronologisch an den ersten Konferenztag an und nahm in den Blick, wie sich das Großherzogtum nach 1945 in Auseinandersetzung mit globalen Herausforderungen gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch entwickelte. Mit ihrer Analyse des pazifistischen Denkens im Milieu der luxemburgischen Resistenzlerorganisationen zeigte ELISABETH HOFFMANN (Luxemburg) hierzu auf, wie kontrovers das weltpolitische Geschehen der Nachkriegszeit in Teilen der luxemburgischen Zivilgesellschaft rezipiert wurde. An-

hand der Quellen stellte Hoffmann dar, dass sich die beiden wichtigsten Resistenzlerorganisationen des Landes zwar eindeutig der pazifistischen Bewegung zuordneten, bei der Kommentierung des Weltgeschehens jedoch zu grundverschiedenen, ideologisch gefärbten Bewertungen gelangten. Auffällig seien ferner die inneren Widersprüche im politischen Denken beider Organisationen, die sich oftmals ungeachtet ihres Pazifismus für militärische Projekte ausgesprochen hätten, solange diese vor dem Hintergrund der eigenen politischen Weltanschauung gerechtfertigt erschienen.

Anschließend befasste sich CHAREL ROEMER (Luxemburg) mit dem Engagement der „Association Solidarité Nicaragua-Luxembourg“ (ASNL), welche sich während der 1980er-Jahre in Luxemburg für politische und materielle Unterstützung für das revolutionäre Nicaragua eingesetzt habe. Bei ihrem Engagement habe die ASNL allerdings, so Roemer, nicht nur die nicaraguanische, sondern ebenso die luxemburgische Gesellschaft im Blick gehabt, der man kapitalismuskritische Perspektiven auf Weltpolitik und -handel habe aufzeigen wollen. Zur Verdeutlichung konnte Roemer hierzu die scharfe Polemik heranziehen, mit welcher die konservative Presse der nicaraguanischen Revolution und dem Engagement des ASNL begegnete.

Mit ihren thematisch zusammenhängenden Beiträgen nahmen VINCENT ARTUSO und LAURENT MOYSE (beide Luxemburg) zum Abschluss des Panels den luxemburgischen Finanzplatz in den Blick. Moysé skizzierte zunächst die Entwicklung des Finanzplatzes seit den 1960er-Jahren und bilanzierte, dass der luxemburgische Staat in diesem Prozess erst im Zuge der Stahlkrise, also seit Ende der 1970er-Jahre, eine aktive Standortpolitik betrieben habe. Artuso schloss an die Ausführungen Moyses an und stellte die These eines „paradoxe luxembourgeois“ zur Diskussion: Während Luxemburg sich in seinen Außenbeziehungen seit 1945 zu einem Musterland des globalisierten, neoliberalen Wirtschaftssystems entwickelt habe, sei die innere Entwicklung des Großherzogtums von den Versuchen geprägt gewesen, sich als nationale Einheit zu definieren und ein möglichst hohes Maß an wirtschaftlichem Protektionismus

beizubehalten.

Das dritte Panel behandelte mit den Themen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik einen Aspekt, der im Forschungsprogramm des Projekts PARTIZIP 2 von Beginn an eine hervorgehobene Rolle spielte. Den Auftakt machte BENNO SCHULZ' (Trier) Vortrag zur Erinnerung an den Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf seine westlichen Nachbarstaaten am 10. Mai 1940. Anhand einer Analyse der Berichterstattung des „Luxemburger Worts“ an den Jahrestagen des Überfalls zwischen 1950 und 1990 arbeitete Schulz zunächst den hohen Stellenwert heraus, den das Datum in der luxemburgischen Erinnerungskultur bis heute spiele. Seit den 1960er-Jahren sei zudem zu beobachten, wie die Erinnerung an das Ereignis mit Reflexionen über den gegenwärtigen Stand der europäischen Einigung, insbesondere bezüglich der Beziehungen zwischen Frankreich, Deutschland und Luxemburg, verbunden werde.

Im Anschluss daran thematisierte RENÉE WAGENER (Luxemburg) den Umgang mit der Shoa im Nachkriegs-Luxemburg und lieferte dabei eine differenzierende Dekonstruktion jener Meistererzählung, der zufolge das Kriegsende 1945 als Zäsur im Verhältnis der Luxemburger zu Judentum und Antisemitismus gewertet werden könne. Wie Wagener an den Beispielen der luxemburgischen Epurations- und Entschädigungspolitik demonstrierte, sei die Haltung der Regierung gegenüber den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus in den Nachkriegsjahrzehnten von Desinteresse und Passivität geprägt gewesen. Ein klarer Bruch mit der Politik der Exilregierung sei in dieser Hinsicht nicht erkennbar. Auch in der nationalen Erinnerungskultur hätten die Juden als Opfergruppe bis in die 1970er-Jahre hinein keine bedeutende Rolle gespielt – ganz im Gegensatz zur Gruppe der „Zwangsrekrutierten“, mit der sich die zwei darauffolgenden Beiträge beschäftigen sollten. So verglich PETER QUADFLIEG (Aachen) in seinem Vortrag zunächst die grundverschiedenen Heimkehrerfahrungen luxemburgischer und ostbelgischer Wehrmachtssoldaten in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Im Gegensatz zu den luxemburgischen „Zwangsrekrutierten“,

denen man die gesellschaftliche Reintegration ermöglicht habe, seien die heimkehrenden „Zwangssoldaten“ in Ostbelgien dem Generalverdacht der Kollaboration ausgesetzt gewesen. Im Gegensatz zu Luxemburg sei die Frage, wie mit den heimkehrenden Soldaten umzugehen sei, in Ostbelgien zudem nicht öffentlich diskutiert worden: Zu groß sei die Angst gewesen, sich durch das Eintreten für die „Zwangssoldaten“ einer pro-deutschen Gesinnung verdächtig zu machen. EVA KLOS (Luxemburg) knüpfte an Quadfliegs Thesen an und untersuchte, wie sich die luxemburgischen und ostbelgischen Rekrutierten zwischen 1960 und 1980 zur effektiveren Durchsetzung ihrer (geschichts-)politischen Ziele verbandsmäßig organisierten. Ihre Vergleichsstudie zeigte, dass sich die unterschiedlichen Heimkehrerfahrungen der luxemburgischen und ostbelgischen Rekrutierten, welche Quadflieg herausgearbeitet hatte, ab 1960 in den Formen und Inhalten ihrer Verbandsarbeit spiegelten: Während die luxemburgische „Fédération“ in Politik und Gesellschaft als selbstbewusster Akteur aufgetreten sei und die nationale Erinnerung an die Zwangsrekrutierung maßgeblich habe prägen können, seien die ostbelgischen Verbände insgesamt gemäßigter aufgetreten und in der zentralen Frage, ob sich die „Zwangssoldaten“ als Opfer des Nationalsozialismus verstünden, gespalten gewesen.

Das vierte Panel der Konferenz sollte abschließend die luxemburgische Nationsbildung im 20. Jahrhundert anhand einiger Schlaglichter auf die mit ihr verbundenen Konsolidierungs- und Krisenphänomene darstellen. Zum Auftakt zeigte HEIKE MAURER (Luxemburg), wie im Luxemburg der Zwischenkriegszeit die Problematisierung der Prostitution mit gesellschaftlichen und politischen Krisendiskursen verknüpft wurde. Anhand der Analyse eines differenzierten Quellenkorpus zeichnete Maurer vier Diskursstränge nach, die ausgehend von der konkreten Prostitutionsthematik zur Diagnose übergeordneter Krisenphänomene, wie dem moralischem Verfall oder der „Überfremdung“ des luxemburgischen Volkes, geführt hätten.

Im darauffolgenden Beitrag wandte sich THIERRY HINGER (Luxemburg) der Frage zu, welchen Beitrag das Schulwesen in

den 1970er-Jahren zur nationalen Inklusion von Kindern portugiesischer Arbeitsmigranten leistete. Diese Kinder sahen sich in Luxemburg mit einer eigentümlichen Situation konfrontiert: Während sie ganz regulär in den Unterricht an luxemburgischen Regelschulen eingebunden waren, besuchten sie zusätzlich noch Muttersprachenunterricht, den der portugiesische Staat in Luxemburg organisierte, und waren damit auch in das Schulsystem ihres Herkunftslandes eingebunden. Hinger erläuterte die Inklusionslogik dieses Bildungsangebots und konnte plausibel die These vertreten, dass sich portugiesische Kinder in Luxemburg einer „doppelten Inklusion durch Schule in zwei verschiedene nationalstaatliche Kontexte“ ausgesetzt sahen.

Im Anschluss daran beschäftigte sich FERNAND FEHLEN (Luxemburg) mit der Debatte im Vorfeld jenes Gesetzes, in welchem 1984 das Luxemburgische zur Nationalsprache erklärt wurde. Phänomene wie die zunehmende Einwanderung und der sektorale Wandel hätten gegen Ende der 1970er-Jahre Ängste vor einem tiefgreifenden sozialen Wandel erzeugt, auf den Teile von Politik und Gesellschaft mit einer „rückwärtsgewandten Identitätssuche“ geantwortet hätten. In diesem sozialhistorischen Kontext verortete Fehlen die Debatte über die luxemburgische Sprache. In seiner Darstellung der zentralen Kontroversen und Akteure dieses Diskurses machte er deutlich, dass dort, wo zwischen 1974 und 1984 über die Sprachensituation diskutiert wurde, das Thema der nationalen Identität stets implizit mitverhandelt worden sei.

Im letzten Vortrag der Konferenz fragte BEN FAYOT (Luxemburg) nach den Auswirkungen der beginnenden europäischen Einigung auf den demokratischen Emanzipationsprozess im Luxemburg der 1950er-Jahre. Fayot argumentierte dabei, dass der Kleinstaat die Potentiale der entstehenden europäischen Zusammenarbeit für die gesellschaftliche Modernisierung nicht habe nutzen können: Die Haltung der Politik gegenüber Projekten wie der Montanunion sei von Nationalismus und ökonomischem Protektionismus geprägt gewesen, während die luxemburgische Gesellschaft insgesamt einem tiefgreifenden Konservatismus verhaftet geblieben sei. Eine Modernisierung jener „société lente à

evoluer“ habe sich somit erst mit den gesellschaftlichen Umwälzungen in der Folge von 1968 ergeben.

Die Tagung konnte zeigen, dass die Geschichte Luxemburgs im „kurzen 20. Jahrhundert“¹, deren Entwicklung die Konferenz entlang der gegenläufigen Dynamiken von Integration und Spaltung untersuchen wollte, durch die gesellschaftliche und politische Partizipation einer Vielzahl von Akteursgruppen geprägt wurde. Der Ansatz, dem Problemfeld der Erinnerungskultur im Tagungsprogramm denselben Stellenwert einzuräumen wie anderen Ebenen kollektiven Handelns, erwies sich dabei als äußerst ertragreich und bestätigte im Resultat die Auffassung vom engen Zusammenhang zwischen Geschichtsschreibung und luxemburgischer Nationsbildung.² Obwohl die Vorträge somit ein sehr breites Spektrum an Gesellschaftsbereichen, Akteursgruppen und Diskursfeldern abdeckten, ging der rote Faden dank einer konsequenten Berücksichtigung der Leitfragen seitens der Referenten zu keinem Zeitpunkt verloren. Die Tagungsbesucher erhielten auf diesem Wege umfassende Einblicke in die Schwerpunkte der zeithistorischen Luxemburgforschung. Dies betrifft auch methodologische Fragen, denn die Beiträge unterstrichen erneut den hohen Nutzen transnationaler Forschungsansätze für die luxemburgische Zeitgeschichte.

Konferenzübersicht:

Norbert Franz (Trier), Einführungsvortrag

Panel 1: Herausforderungen der Demokratisierung: Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Michel Dormal (Trier), „Der Kultus der Inkompetenz“ – Parlamentarismuskritik in der Zwischenkriegszeit

Frédéric Krier (Luxemburg), Anarchisme(s) au Luxembourg dans l'Entre-deux-guerres. Contre le fascisme, le communisme... et la démocratie parlementaire

¹ Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998.

² Vgl. Pit Péporté / Sonja Kmec/ Benoît Majerus / Michel Margue, *Inventing Luxembourg. Representations of the past, space and language from the nineteenth to the twenty-first century*, Boston 2010, S. 339.

Vincent Artuso (Luxemburg), La communauté organique comme rempart. La structure familiale traditionnelle, la modernisation et les crises des années 1930 au Luxembourg

Evamaria Bange (Luxemburg), Flüchtlingsströme, Antisemitismus und Geselligkeit – jüdisches Leben im Spiegel administrativer Dokumente des Stadtarchivs Luxemburg

Marc Gloden (Luxemburg), „Und darin fühlen todsicher die alteingesessenen luxemburger Juden parallel mit ihren arischen Mitbürgern.“ Die Abwehr jüdischer Einwanderung in den 1930er-Jahren als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Daniel Thilman (Luxemburg), La participation politique des Juifs aux élections (communales) au Luxembourg dans l'entre-deux-guerres

Denis Scuto (Luxemburg), Diskussion

Ulrich Bielefeld (Hamburg), Eröffnungsvortrag: Postsouveräne Nation und die Gesellschaft Europas

Panel 2: Vom Nationalismus zur Staatengemeinschaft: Krieg, Kolonialismus, Globalisierung, Solidarität

Elisabeth Hoffmann (Luxemburg), La position des associations d'anciens résistants face au militarisme, impérialisme et pacifisme de 1945 à nos jours

Régis Moes (Luxemburg), La fin de l'époque coloniale au Luxembourg : les relations du Grand-Duché avec les pays du Tiers-Monde au tournant des années 1960

Charel Roemer (Luxemburg), Le mouvement de solidarité avec le Nicaragua sandiniste. À la recherche d'une démocratie plus participative

Laurent Moyse (Luxemburg), Du bassin minier au monde financier : le Luxembourg change de profil

Vincent Artuso (Luxemburg), Luxembourg : La Banque d'un monde qui change. L'essor de la place financière dans un contexte de transformation de l'ordre économique d'après-guerre

Claude Wey (Luxemburg), Diskussion

Panel 3: Trauma, Wandel und Erinnerung

Benno Schulz (Trier), Die Erinnerung an den Fall Gelb im Luxemburger Wort

Renée Wagener (Luxemburg), Der Umgang mit der Shoah im Nachkriegs-Luxemburg

Peter Quadflieg (Aachen), Mal Blumenstrauß, mal Handschellen. Determinanten für gesellschaftliche Teilhabe und Nichtteilhabe luxemburgischer und ostbelgischer Wehrmachtsoldaten im Spiegel ihrer Heimkehrerschicksale

Eva Klos (Luxemburg), Politische Teilhabe durch Geschichtspolitik „von unten“? Die Organisationen ehemaliger „Zwangsrekrutierter“ in Luxemburg und Ostbelgien

Sophie Neuenkirch (Luxemburg), „Meng Boma war Hausfra, wéi dat eben deemools war“ – Vergangenheitsvorstellungen von weiblichen Lebensläufen

Elisabeth Boesen (Luxemburg), Diskussion

Rundtischgespräch: Gesellschaftliche Partizipation und die Realisierung der Demokratie heute

Panel 4: Konsolidierung, Krise, Nationalismus

Heike Mauer (Luxemburg), Nation und Biopolitik. Annäherungen an die Problematisierung der Prostitution während der Zwischenkriegszeit

Thomas Lenz (Luxemburg), Die Schule der Nation. Identität und Schulgeschichte in Luxemburg zwischen 1944 und 1979

Thierry Hinger (Luxemburg), (Trans-)Nationale Inklusion durch Schule von Kindern portugiesischer Arbeitsmigranten in Luxemburg in den 1970er-Jahren

Fernand Fehlen (Luxemburg), Nationalsprache und nationale Identität. Die Debatten im Vorfeld des Sprachengesetzes (1974-1984)

Ben Fayot (Luxemburg), Europäische Zusammenarbeit und demokratische Emanzipation in Luxemburg

Tagungsbericht *Staat, Gesellschaft und Demokratisierung. Luxemburg im kurzen 20. Jahrhundert*. 27.11.2014–29.11.2014, Luxemburg, in: H-Soz-Kult 04.02.2015.